

■ JOACHIM C. HÄBERLEN

Klassenkampf an allen Fronten oder politische Belästigung? Umstrittene Räume des Politischen innerhalb der Leipziger Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik

79

Was unter Politik zu verstehen ist, was ihr Gegenstand ist, wo sie stattfindet und was außerhalb der Grenzen des Politischen liegt, war (und ist) im gesellschaftlichen Diskurs zutiefst umstritten. Während einerseits der Staat oder staatsähnliche Strukturen in den Mittelpunkt des Politikbegriffs gestellt werden, sind auf der anderen Seite immer wieder auch alltägliche Machtbeziehungen fernab des Staates als politisch begriffen worden, wie es die Parole »das Private ist Politisch« zum Ausdruck bringt.¹ Neuere Ansätze der Politikgeschichte vermeiden demgegenüber einen a priori gewonnenen Politikbegriff und vertreten ein konsequent historisierendes Politikverständnis, etwa indem sie nach umstrittenen Grenzziehungen, beispielsweise zwischen Religiösem und Politischem, fragen.² So richtig eine Kritik an a priori gewonnenen Politikbegriffen ist, so problematisch erscheint es mir, den Begriff vollkommen offen zu lassen, da Politik auf diese Weise gänzlich unbestimmt bliebe. Nötig wäre meines Erachtens ein Begriff von Politik, der einerseits den Gegenstand bestimmt, andererseits aber die Analyse von historischem Wandel und Konflikt zulässt. Als Annäherung sei daher auf die Definition von Anne Philips verwiesen. Politische Fragen befass(t)en sich, wie Philips argumentiert, mit all jenem, was über das Private hinausreicht und »the community's common concerns« betrifft.³ Eine solche Definition mag auf den ersten Blick wenig hilfreich erscheinen, bleibt doch unklar, was genau die *community* insgesamt betrifft, was von »nur« privatem Interesse ist und wo mithin Politik stattfindet und stattfinden soll. Dies aber waren genau die Fragen, die unter historischen Akteuren umstritten waren und die es zu rekonstruieren gilt. Die Definition Philips ist mithin offen genug, um historischen Wandel und Konflikte zu erfassen.

- 1 Siehe, um jeweils nur ein Beispiel zu nennen, Charles S. Maier (Hg.), *Changing Boundaries of the Political*, Cambridge 1987; Geoff Eley, *Wie denken wir über die Politik? Alltagsgeschichte und die Kategorie des Politischen*, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte: Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, Münster 1994, S. 17–36. Dort auch weitere Literatur hierzu.
- 2 Siehe etwa Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton 1996; Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005; Pascal Eitler, »Gott ist tot – Gott ist rot«: Max Horkheimer und die Politisierung der Religion um 1968, Frankfurt a. M. 2009.
- 3 Anne Philips, *Citizenship and Feminist Theory*, in: Geoff Andrews (Hg.), *Citizenship*, London 1991, S. 76–88, hier S. 79.

Der vorliegende Beitrag möchte diese Überlegungen aufnehmen, sie aber gleichsam räumlich wenden, um Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten am Ende der Weimarer Republik auf lokaler Ebene zu untersuchen, wobei Leipzig als Beispiel dienen wird. Beide Parteien, SPD und KPD, hatten, wie sich zeigen wird, höchst unterschiedliche Vorstellungen davon, wo Politik stattfinden sollte, beziehungsweise welche Räume und Orte frei von Politik bleiben sollten. Dabei stand die Frage nach dem Ort von Politik stets im Zusammenhang mit der Frage, was Gegenstand von Politik sein sollte und welche Praktiken als politisch gelten konnten. Gegenüber der Literatur, die immer wieder betont, wie hochgradig politisiert die Gesellschaft gerade in der Endphase der Weimarer Republik war,⁴ werde ich in diesem Beitrag den Widerstand hervorheben, auf den diese Politisierung traf, auch und vor allem innerhalb der KPD, deren Führung den Raum des Politischen radikal ausweiten wollte. Dieser Ansatz soll schließlich erklären helfen, weshalb es in Deutschland anders als beispielsweise in Frankreich zu keiner breiten und erfolgreichen Mobilisierung seitens der Arbeiterbewegung gegen die Nationalsozialisten kam – warum es, wie Alf Lüdtke formuliert hat, keine »Rote Glut« gab.⁵

Umstrittene Orte der Politik in Leipzig

Das Leipziger Neue Rathaus eignet sich als Ausgangspunkt, um die umstrittenen »Orte der Politik« in Leipzig zu untersuchen.⁶ Dass im Rathaus Politik stattfand, mag banal erscheinen. Hier wurden schließlich Fragen der kommunalen Wohlfahrt verhandelt,⁷ was Kommunisten zur Agitation gegen Sozialdemokratie, Republik und Kapitalismus im Allgemeinen nutzten. Im Winter 1930 forderte die KPD beispielsweise die Einführung spezieller Winterbeihilfen für Erwerbslose. Allerdings wären entsprechende Beschlüsse ohnehin von Verwaltungsgerichten aufgehoben worden, weshalb Sozialdemokraten gegen sie stimmten, was der KPD wiederum Gelegenheit gab, gegen die SPD zu polemisieren. Nicht ganz grundlos sahen Sozialdemokraten in den kommunistischen Vorschlägen nichts als Versuche, wie es in der sozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) hieß, »die bittere Not der Erwerbslosen zu durchsichtigen, unehrlichen, politischen Aktionen zu missbrauchen«, was

- 4 Siehe etwa Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik: Krisenjahre der klassischen Moderne* (Neue historische Bibliothek), Frankfurt a.M. 1987; Kathleen Canning/Kerstin Barndt/Kristin McGuire (Hg.), *Weimar Publics – Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York 2010. Auch in Leipzig hatte die Revolution politisierende Effekte, siehe Sean Dobson, *Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship*, New York 2001.
- 5 Alf Lüdtke, *Wo blieb die »rote Glut«? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus*, in: ders. (Hg.), *Alltagsgeschichte: zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 224–282. Siehe auch Manfred Scharer, *Kampflose Kapitulation: Arbeiterbewegung 1933*, Reinbek bei Hamburg 1984.
- 6 Zum Neuen Rathaus siehe Wolfgang Knappe, *Neues Rathaus zu Leipzig. Geschichte und Geschichten eines Traditionsbaus*, Leipzig 1995, S. 20.
- 7 Siehe zur kommunalen Wohlfahrtspolitik in Leipzig Paul Brandmann, *Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform: kommunale Wohlfahrtspolitik zwischen 1890 und 1929*, (Geschichte und Politik in Sachsen 5), Köln 1998; Julia Paulus, *Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930 bis 1945 autoritäres Krisenmanagement zwischen Selbstbehauptung und Vereinnahmung* (Geschichte und Politik in Sachsen 8), Köln 1998.

die SPD selbstverständlich ablehnte. Stattdessen betrachtete sie es als ihre »vornehmste Aufgabe, diese Not zu steuern«, was die Zeitung mit Hilfe eindrucksvoller Zahlen zu belegen suchte.⁸ Die sozialdemokratische Rhetorik ist hier bezeichnend: Es galt, die Not zu steuern. Anders als die Kommunisten, die in der wirtschaftlichen Krise eine ipso facto politische Krise des Kapitalismus sahen und daher versuchten, aus dieser politisches Kapital zu schlagen, stellten Sozialdemokraten die Not vor allem als ein Verwaltungsproblem dar, das es möglichst rational – wofür die detaillierten Beispielrechnungen stehen sollten – zu bearbeiten galt. Aus sozialdemokratischer Perspektive fand im Rathaus wohl keine Politik statt, sondern Verwaltung.

Kommunisten nahmen die Krise gleichsam als politische Chance wahr und versuchten gezielt, Erwerbslose zu agitieren, nicht nur auf der Straße, sondern auch in Fürsorgeämtern und den sogenannten Arbeitsnachweisen – Arbeitsvermittlungsstellen, wo Erwerbslose vorstellig werden mussten, um ihren Arbeitswillen zu dokumentieren.⁹ Immer wieder kam es dort zu Tumulten und Gewaltakten, nach Meinung der Beamten, weil die Leute von »verschiedenen Stellen« aufgehetzt würden, wobei aber oft unklar bleibt, wie sehr die KPD wirklich involviert war. Im März 1931 beispielsweise sangen die Wartenden auf dem Arbeitsamt in der Gerberstraße, durch Mundpropaganda mobilisiert, zu einer verabredeten Stunde die Internationale, was zumindest andeutet, dass die Aktion von Kommunisten organisiert war. Um solchen Geschehnissen vorzubeugen, versuchten die Wohlfahrtsbeamten, teils mit Unterstützung der Polizei, politische Diskussionen auf den Ämtern ebenso zu unterbinden wie von Hand zu Hand gehende kommunistische Flugblätter.¹⁰ Kommunisten waren nicht die einzigen, die vor Arbeitsnachweisen agitierten. Auch Sozialdemokraten verteilten Flugblätter, allerdings, so die sozialdemokratische Eigenperspektive, keine *politischen*, die Erwerbslose etwa zum Handeln aufriefen, sondern einzig »aufklärende« Flugblätter, die Erwerbslose über ihre Rechte informieren sollten. Kommunisten versuchten diese sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zu unterbinden, indem sie den Sozialdemokraten die Flugblätter entrissen, und verhinderten damit, dass Erwerbslose ihre Rechte erfuhren, so zumindest der bittere Kommentar der LVZ.¹¹

Bereits hier wird deutlich, dass Kommunisten grundlegend andere Vorstellungen als Sozialdemokraten davon hatten, wo Politik stattfinden und wie politisch agitiert werden sollte, was Kommunisten durchaus bewusst war. Entsprechend schrieb die kommunistische *Sächsische Arbeiterzeitung* (SAZ) im Dezember 1930 im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im sozialdemokratisch geführten Konsumverein (KV): »Ja, auch in dieser Frage unterscheiden wir uns von der SPD. Wir kämpfen an allen Fronten des Klassenkampfes, gleichviel ob im KV oder im Privatbetrieb oder auf der

8 Siehe Leipziger Volkszeitung (LVZ), 16. 1. 1930. Zur kommunistischen Kommunalpolitik siehe Beatrix Herlemann, *Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933*, Wuppertal 1977.

9 Siehe hierzu auch David F. Crew, *Germans on Welfare: From Weimar to Hitler*, New York/Oxford 1998; ders., *Gewalt »auf dem Amt«: Beispiele aus der Wohlfahrtsverwaltung der Weimarer Republik*, in: *WerkstattGeschichte* 4 (1993), S. 33–42.

10 Stadtarchiv Leipzig (StAL), AFSA 2379, Bericht der Beamtenengewerkschaft Leipzig an den Rat der Stadt Leipzig, 7. 3. 1931. In den Akten finden sich zahlreiche Berichte von Tumulten auf Arbeitsnachweisen und in Wohlfahrtsämtern, wobei oft unklar bleibt, welche Rolle Parteipolitik dabei spielte.

11 LVZ, 21. 2. 1930.

Stempelstelle.«¹² Sowohl bei Sozialdemokraten als auch bei manchen Mitgliedern der KPD stießen diese tendenziell entgrenzenden Politikvorstellungen allerdings auf erheblichen Widerstand, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Der in der Praxis wichtigste Ort kommunistischer Agitation und Politik waren die Straßen sowohl der Arbeiterviertel als auch des bürgerlichen Zentrums von Leipzig. Da kommunistische Straßenpolitik, vor allem in ihrer gewaltsamen Form, in der Literatur ausführlich behandelt wurde, soll im Folgenden der Kontrast zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Politikvorstellungen und mithin politischer Praktiken im Vordergrund stehen.¹³ Welch zentrale Rolle der Straße als Ort der Politik im kommunistischen Verständnis zukam, macht ein Zitat aus der SAZ vom März 1930 deutlich:

82

Hier auf dem Straßenspflaster, Hand in Hand und Seite an Seite mit seinen Klassengenossen, fühlt sich der Arbeiter als Teil der Riesenkraft, der die Welt gehört. Hier auf der Straße fühlt der Proletarier das Band, das ihn mit seinen Kollegen verbindet im Ringen um Brot, im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein, im Kampf um die Macht. Hier auf der Straße, unter den roten Fahnen des unveröhnlichen Klassenkampfes, schmiedet sich die proletarische Kraft, entsteht der Massenwille zum Angriff, erhärtet sich der Entschluss zum Sieg.¹⁴

Anders als in der Literatur zuweilen dargestellt, hatte kommunistische Straßenpolitik auch eine offensive Komponente. Der Stadtteil Schleußig etwa galt der KPD als »Faschistenviertel«, wo zahlreiche »Beamte und Spießbürger« wohnten, wie eine Landtagswahl im Juni 1930 gezeigt hatte.¹⁵ Diesen galt es zu erobern, weshalb der »rote Westen« – gemeint waren die Arbeiterviertel Leutzsch, Lindenau und Plagwitz im Westen der Stadt – Ende August den »Angriff auf Schleußig«, also eine Demonstration ins »feindliche« Viertel, organisierte.¹⁶ Vor allem aber versuchten Kommunisten immer wieder, ins Zentrum Leipzigs vorzudringen, was zu schweren und teils tödlichen Zusammenstößen mit der Polizei führte.¹⁷

Andererseits »verteidigten« Kommunisten »ihre« Viertel gegen politische Feinde, seien es Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten, sowohl mit Gewalt wie auch auf symbolische Weise. Die Straßen der in kommunistischer Diktion »roten« Viertel der Stadt – neben den bereits genannten Vierteln im Westen das Seeburgerviertel, Volkmarsdorf und Reudnitz im Osten – wurden beispielsweise mit roten Fahnen, an Wände gemalten Hammer-und-Sichel

12 Sächsische Arbeiterzeitung (SAZ), 10. 12. 1930.

13 Siehe, um nur zwei Beispiele zu nennen, Eve Rosenhaft, Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Thomas Lindenberger/Alf Lüdtke (Hg.), Physische Gewalt: Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a.M 1995, S. 238–275; Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

14 SAZ, 6. 3. 1930.

15 SAZ, 25. 6. 1930.

16 SAZ, 29. 8. 1930.

17 Siehe etwa zu einer Erwerbslosendemonstration, in deren Folge drei Menschen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei starben, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SStAL), PP S 5460, PP St 81, Bl. 76–78, SAZ, 4. 12. 1930, und die folgenden Tage. Eine andere Erwerbslosendemonstration, die mit Toten endete, fand am 25. Februar 1931 im Kontext des Weltkampftags gegen Erwerbslosigkeit am Volkmarsdorfer Markt statt. Vier Personen verloren ihr Leben, siehe SAZ, 26. 2. 1931, LVZ, 26. 2. 1931.

Symbolen oder plakatierten Häuserzeitzungen geschmückt.¹⁸ Zumindest in der Darstellung der SAZ zeigte diese Strategie auch Erfolge: Jahrelang hatte die SPD am Volkmarshorfer Markt Demonstrationen durchgeführt, so die Zeitung, zum 1. Mai 1931 jedoch hatten kommunistische Anwohner die sozialdemokratische Versammlung gebührend mit roten und sowjetischen Fahnen und Transparenten begrüßt. Für die Demonstration anlässlich ihres Reichsparteitages später im Mai zog die SPD es laut SAZ daher vor, in eine »kleinbürgerliche« Straße auszuweichen. So war es der KPD gelungen, den Volkmarshorfer Markt, einen wichtigen Ort in der lokalen Topographie des Arbeiterviertels, zu »erobern« und die SPD zu vertreiben.¹⁹ Was hier zum Ausdruck kommt, ist ein zutiefst territorialisiertes Politikverständnis. Im Zentrum kommunistischer Praxis stand die Eroberung und Verteidigung städtischen Raumes.

Wenn nötig, zögerten Kommunisten auch nicht, Gewalt zu anzuwenden, wie das folgende Beispiel zeigt. Im August 1931 wollten zwei Angehörige der Sächsischen Arbeiterjugend (SAJ) an der sogenannten Epa-Ecke in Leipzig-Plagwitz, benannt nach einem dortigen Lebensmittelgeschäft, Flugblätter verteilen, wofür sie, wie die LVZ betonte, die notwendige polizeiliche Erlaubnis hatten. Vorausschauend hatten die zuständigen Beamten die beiden Jungsozialisten gewarnt, Kommunisten würden die Ecke als ihr Territorium beanspruchen. Aber die Jungsozialisten vertrauten auf den Schutz des vorsorglich in der Nähe stationierten Reichsbanners. Wie die Beamten befürchtet hatten, dauerte es nicht lange, bis es zu Auseinandersetzungen mit den anwesenden Kommunisten kam, die die beiden Sozialdemokraten heftig bedrängten.

Die Kommunisten machten aus ihrem Herrschaftsanspruch über die Epa-Ecke keinen Hehl: »Die rote Epa-Ecke ist unser; wir werden euch wegbringen, und wenn einer liegen bleibt«, so ein Kommunist laut sozialdemokratischer Zeugenaussage. Zunächst versuchten die Kommunisten, den Sozialdemokraten ihre Flugblätter zu entreißen, dann griffen sie zu Schlagring und Messer. Die beiden Jungsozialisten versuchten noch, das Reichsbanner zu Hilfe zu rufen, aber dieses kam zu spät: Ein 17jähriger Kommunist hatte den SAJ-Vorsitzenden Max Warkus in die Lungen gestochen, was dieser nicht überlebte.²⁰ Mit tödlicher Gewalt hatten Kommunisten ihren Anspruch verteidigt, dass an »ihrer« Ecke einzig sie Politik betreiben durften.

Entscheidend für die hier verhandelte Thematik ist, dass Kommunisten dem spezifischen Ort, der Epa-Ecke, einen politischen Eigenwert zumaßen: Es galt, genau diesen Ort zu verteidigen. Die Sozialdemokraten wollten dort zwar Flugblätter verteilen, der »Verteidigung« – oder, aus ihrer Perspektive, Eroberung – dieses Ortes maßen sie aber keine politische Bedeutung zu. Es überrascht daher nicht, dass kein Stadtteil eine dezidiert sozialdemokrati-

18 Siehe SAZ, 30. 8. 1930, »Das proletarische Leipzig im roten Wahlkampf«; dort finden sich Fotos von mit Transparenten geschmückten Häuserwänden. Zur Symbolpolitik der Arbeiterbewegung siehe allgemein Gottfried Korff, *Rote Fahnen und Geballte Fäuste. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, in: Peter Assion (Hg.), *Transformationen der Arbeiterkultur*, Marburg 1986, 86–107.

19 Siehe SAZ, 27. 5. 1931, »SPD Führer fürchten den roten Osten«.

20 Siehe SStAL, PP St 98, LVZ, 17. 8. 1931. Die SAZ war zu diesem Zeitpunkt verboten. Als das Blatt im September wieder erschien, zogen die kommunistischen Redakteure es vor, zu dem Vorfall zu schweigen. Dies war nicht der einzige Zwischenfall an der Epa-Ecke, siehe SStAL, PP St 92, Bl. 69 f.

sche Reputation hatte, auch wenn die SPD mit Abstand die mitgliederstärkste Partei in Leipzig war.²¹

Die tödliche Auseinandersetzung an der Epa-Ecke stellt allerdings insofern eine Ausnahme dar, als hier Kommunisten Gewalt gegen junge Sozialdemokraten gebrauchten. In der Regel waren Nationalsozialisten die Gegner. Die kommunistische Rhetorik »roter« Arbeiterviertel, die gegen nationalsozialistische »Strafexpeditionen« verteidigt werden mussten,²² ist jedoch irreführend, da sie suggeriert, die Nationalsozialisten seien dort nur Eindringlinge von außen gewesen. De facto lebten Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten im selben Viertel, Tür and Tür, wie eine Analyse von Wohnadressen zeigt.²³ Ein Beispiel besonderer Nähe von Nationalsozialisten und Kommunisten findet sich in der Oberlütterstraße 19 im Stadtteil Mockau. Dort wohnten, wie ein gewisser Jessler gegenüber der Polizei im Zuge von Ermittlungen nach einer Schlägerei im Dezember 1931 erklärte, mit Ausnahme einer Familie Benz (Frau Elisabeth Benz und ihre beiden Kinder Ilse und Herbert) nur Anhänger der »Linksparteien«. Das Resultat war: »Es vergeht fast keine Woche ohne Streitigkeiten zwischen den Benz und Andersdenkenden. Jede Kleinigkeit wird von ihnen [der Familie Benz] ins Politische gezogen, wodurch die Polizei zum Einschreiten veranlasst wird.«²⁴

Was genau es bedeutete, dass »Kleinigkeiten« »ins Politische« gezogen wurden, bleibt im vorliegenden Fall unklar. Vermutlich erhielten kleine Alltagskonflikte eine Bedeutungsebene, die über sie selbst und den eigentlichen Gegenstand des Konflikts hinauswies, was Kompromissfindungen und Konfliktlösungen erschwerte. Einerseits konnten politische Konflikte in der Nachbarschaft, wie auch in diesem Fall, zahlreiche Menschen auf der Straße mobilisieren, andererseits konnte Politik im Alltag auch zu einer anstrengenden Belastung werden, die gute Nachbarschaftsbeziehungen unmöglich machte, wie die Aussagen Jesslers zeigen.

Das sozialdemokratische Verhältnis zur Straßenpolitik wird etwas überspitzt in einem Leserbrief an die LVZ vom September 1931 auf den Punkt gebracht: »Mit den Nachläufern der Siamesischen Zwillinge, Thälmann-Hitler, die fortgesetzt vor dem Volkshaus sind, und glauben, dort ihren geistigen Dünger absetzen zu können, muss aufgeräumt werden«, hieß es dort.²⁵ Nötige Diskussionen sollten in den Räumlichkeiten der Organisationen geführt werden, aber nicht auf dem Bürgersteig. Politik gehörte aus dieser Perspektive ins Parlament oder in die Parteigremien, wo »überzeugende Argumentation« und nicht »Schlagring, Dolch und Schießisen«, wie eben auf der Straße, zählten.²⁶ Zwar benutzten auch Sozialdemokraten die Straße für Demonstrationen, doch hatten diese einen anderen Zweck als kommunistische

21 Die Gieselheerstraße in Löbzig war, so die LVZ, 14. 11. 1932, als »Klein-Moskau« bekannt, ein in den Augen der Zeitung überaus »zweifelhafter Ruf«. Zu Zahlen siehe Jesko Vogel, *Der sozialdemokratische Parteibeirk Leipzig in der Weimarer Republik: Sachsens demokratische Tradition*, Hamburg 2006, 669 f., 677, 728 f.

22 Für ein Beispiel solcher Rhetorik, siehe SAZ, 28. 6. 1932.

23 Basierend auf Polizeiakten habe ich die Wohnadressen von ca. 350 Nationalsozialisten, ca. 310 Sozialdemokraten und ca. 900 Kommunisten auf einem Stadtplan eingetragen. Insbesondere in »roten« Vierteln wie Reudnitz und Volkmarsdorf bestand eine große räumliche Nähe zwischen Anhängern der drei Parteien, wie die Pläne zeigen.

24 Siehe zum gesamten Fall SStAL, PP S 1451.

25 LVZ, 17. 9. 1931.

26 LVZ, 20. 8. 1931. Die Zitate stammen aus einer Trauerrede beim Begräbnis von Max Warkus. Auch beim Begräbnis von Johannes Franke wurde eine ähnliche Rhetorik gebraucht, siehe LVZ, 20. 6. 1930.

tische Demonstrationen: Sie sollten im Wortsinne Stärke demonstrieren, wie ein Bericht in der LVZ nach einem Aufmarsch der »Armee der Demokratie«, an dem sich 25.000 Personen beteiligt hatten, im Februar 1931 zeigt:

Dem nationalsozialistischen Klamauk im Parlament setzte sie [die SPD] eine kluge Taktik entgegen, dem sich auf der Straße breit machenden nationalsozialistischen Rowdytum bot sie mit ihrer im Nu aus dem Boden gestampften, nach Hunderttausenden zählenden Schutzformation ein Paroli. Ihr zur Seite stand und steht das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das dem blutigen Straßenkampfspiel der Nazis nicht gleiches entgegensetzte, sondern sich sofort daran machte, etliche Hunderttausende junger Leute für den praktischen Abwehrkampf gegen rohe Gewalt in technisch bester Weise auszubilden. [...] Heute fühlt sich daher kaum noch ein Bürger durch das Banditentum der Nazis politisch beunruhigt. Als politische Potenz hat es schon den größten Teil seines Bestandes eingebüßt, als Straßenrowdys mögen die Nazis vielleicht noch einige Zeit von sich reden machen.²⁷

85

Im Rückblick erschreckend optimistisch fühlte sich die SPD siegessicherer denn je: »Die politische Vernunft kehrt wieder zurück. Und das ist das ausschließliche Werk der sozialdemokratischen Partei.«²⁸ Aus Sicht der SPD galt es, auf den Straßen Ruhe und Ordnung durchzusetzen; ernsthafte politische Auseinandersetzungen mit den »Rowdys« der Nationalsozialisten wurden hier nicht ausgetragen. Daher betrachtete die SPD auch die Gewalttaten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten nicht als genuin politische Angelegenheit, sondern als eine »Militärspielerei.«²⁹ Als Kommunisten im Juni 1931 in Reaktion auf den Freispruch nationalsozialistischer Mörder einen Nationalsozialisten erschossen, stellte dies aus Sicht der LVZ auch nichts als eine Wiederauferstehung der »längst überwunden geglaubten Blutrache aus der Zeit der primitivsten Gesellschafts- und Rechtsverhältnisse [dar]. [...] Die Sozialdemokratie verurteilt solche Rowdy-Politik aufs schärfste. Damit ist keine Welt zu »erneuern«, wohl aber die Gefahr nicht abzuweisen, dass sich eines Tages alle Bande der Ordnung in ein unentwirrbares Chaos verwandeln und vielleicht gar Wirtschaft, Staat und Volk völligem Untergang überantwortet werden.«³⁰ Dem sozialdemokratischen Politikverständnis zufolge war Gewalt in den Straßen keine ernsthafte, vernünftige Politik, sondern konnte nur zu Chaos führen. Dies spiegelte sich auch in der Praxis wider, versuchten Sozialdemokraten doch meist, gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten aus dem Weg zu gehen.

Dem Historiker Eric Weitz zufolge waren Kommunisten gleichsam gezwungen, auf der Straße zu agitieren, waren sie doch in Betrieben, wo der eigenen Parteideologie zufolge der Schwerpunkt der Agitation liegen sollte, einem Repressionsdruck ausgesetzt, der sie auf die Straße trieb.³¹ Allerdings war der Repressionsdruck seitens des Staates auf der Straße nicht geringer – ein Kommunist, der im Betrieb agitiert hatte, erklärte gar, sie müssten dies tun, da es ihnen auf der Straße verboten sei.³² Dem Druck auf der Straße versuchten Kommunis-

27 LVZ, 23. 2. 1931.

28 LVZ, 23. 2. 1931.

29 LVZ, 7. 1. 1931; siehe ähnlich LVZ, 7. 7. 1931.

30 LVZ, 3. 7. 1931.

31 Eric D. Weitz, *Creating German Communism, 1890–1990: from Popular Protests to Socialist State*, Princeton 1997.

32 SStAL, Arbeitsgericht 20140, Nr. 304.

ten auszuweichen, indem sie in semi-öffentliche oder private Bereiche auswichen, wo sie der Polizei leichter entgehen konnten. *Winke zur Agitation* gaben Kommunisten detaillierte Hinweise hierfür: Sie sollten auf Festen in Kleingartenkolonien agitieren, in Parks und Strandbädern, auf Sportlertreffen, oder in Freibädern. Dabei sollten Kommunisten konkrete Missstände benennen, etwa die mangelnde Hygiene von Bedürfnisanstalten in öffentlichen Freibädern, und dies zu einer Kritik am Kapitalismus allgemein gebrauchen.³³ So sollte an Orten, die sonst nicht der politischen, wohl aber der öffentlichen Sphäre zugeordnet wurden, Politik betrieben werden. Gleichzeitig erhielten dortige Probleme – etwa die Auseinandersetzungen von Kleingartenbesitzern mit der Stadt oder eben der Zustand von Aborten in Freibädern – selbst eine politische Bedeutung.

Städtische Freibäder wurden im Sommer 1932 tatsächlich zu einem beliebten Ort für kommunistische Agitation. Immer wieder erschienen dort »kommunistische Schlägerkolonnen«, so die Diktion der LVZ, um mit Sprechchören für die Wahl der kommunistischen Liste 3 zu werben. Aus sozialdemokratischer Sicht war dies eine ungemaine Belästigung. Anfang September 1932 beschwerte sich das Blatt, dass es insbesondere an Tagen mit starkem Betrieb, an denen das Personal bei politischen Auseinandersetzungen nicht eingreifen konnte, »überaus bedauerlich [war], dass nicht einmal in den der Erholung dienenden Luft- und Sonnenbädern der Besucher vor Belästigung sicher ist.«³⁴ Sozialdemokraten hofften, der allgegenwärtigen politischen Gewalt, die im Sommer 1932 einen Höhepunkt erreichte, wenigstens kurz zu entfliehen, um einfach, ohne von Politik belästigt zu werden, zu entspannen. Aus ihrer Sicht hatte Politik im Freibad nichts verloren. Kommunisten sahen dies anders. Nach einem ähnlichen Text in der LVZ im August 1932 druckte die SAZ eine Arbeiterkorrespondenz, einen kurzen Text, der angeblich von einem »einfachen Arbeiter« verfasst worden war.³⁵ »Anders als dieser wohlbeleibte SPD-Genosse« empfanden der Autor und sein Freund die kurze Ansprache der Antifaschistischen Aktion nicht als Belästigung, sondern als willkommene Abwechslung. Sie erfreuten sich daran, dass die »verräterische Politik der Sozialdemokratie« widerlegt wurde und beklagten, dass »der SPD-Mann sich nicht anders zu helfen wusste als dass er Hilfe beim Bademeister suchte.«³⁶

Waren die Arbeiterviertel in der Praxis der zentrale Ort für kommunistische Politik, so waren es die Betriebe und Fabriken in der Theorie. Hier in der Produktion konnten, so die Theorie, Arbeiter ihre Stärke im Kampf gegen das Kapital erfahren und ausspielen, hier sollte Klassenbewusstsein geformt werden. In der Praxis allerdings wurden die Betriebszellen der KPD nie den Wünschen der Führung gemäß zum Rückgrat der Partei.³⁷ Gleichwohl kam es auch am Arbeitsplatz immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen. Der frühere Sozialdemokrat Alfred Späther etwa bemerkte in seinem in der frühen DDR verfassten Erinnerungsbericht:

33 Ausgaben der *Winke zur Agitation* finden sich in BArch, RY 1 I/3–8/166, Bl. 43 et passim.

34 LVZ, 2. 9. 1932.

35 Zu »Arbeiterkorrespondenzen« siehe Christa Hempel-Küter, *Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik: das Beispiel »Hamburger Volkszeitung«*, Frankfurt a. M. 1989.

36 SAZ, 25. 8. 1932.

37 Siehe Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 306–312, Weitz, *Communism*, S. 132–159.

Am Ende der zwanziger Jahre war ein erschreckendes Bild der politischen Strömungen in der Belegschaft [der Straßenbahnen] entstanden. Bis in den Betrieb hinein setzten sich die Gruppierungen der KPD und SPD auseinander. [...] In den Mittagspausen wurde heftig diskutiert. Kaum war das Mittagessen hinunter geschlungen, stand schon ein Redner da. Die sektiererischen Ansichten mancher KPD-Genossen fanden wenig Anklang, besonders weil sich daraufhin oft ein Genosse der KPO [oppositionelle Kommunisten] zu Wort meldete. [...] Die Auseinandersetzungen im Betrieb wurden schärfer. Es kam das böse Wort »Sozialfaschist« auf, mit dem sektiererische KPD-Genossen SPD-Genossen bezeichneten.³⁸

Bezeichnend an dem Bericht ist, dass es laut Späther oppositionelle Kommunisten waren, die ihren linientreuen vormaligen Genossen widersprachen, nicht aber Sozialdemokraten selbst. Diese wollten, wie ein Vorfall vom August 1929 zeigt, Politik am liebsten ganz aus den Betrieben fernhalten. Unter der Überschrift »Auch Kommunisten müssen schaffen«, hieß es in der LVZ:

87

Einige wirklich stramme Mitglieder der kommunistischen Partei sind unter der Belegschaft der Straßenbahnwerkstätte Heiterblick zu finden. Unaufhörlich glauben diese Übradikalen verpflichtet zu sein, die von Moskau, Berlin oder aus Czermarks Garten [Sitz der KPD in Leipzig] empfangenen Parolen zu verkünden. Die Schwätzer und Nachbeter der Stalinschen Kirche fragen dabei nicht danach, ob jemand überhaupt gewillt ist, ihr bolschewistisches Ragout zu genießen; sie setzen es allen vor, die erreichbar sind. Einer von den Jüngern des Sowjetsterns soll vor lauter Parteifanatismus mitunter vergessen, dass auch in kommunalen Betrieben gearbeitet werden muss, wenn diese der Allgemeinheit gehörenden Unternehmungen gegenüber den privaten Betrieben gut bestehen wollen. Von einem dieser Übradikalen – nennen wir ihn St. – läuft die Kunde um, dass er unlängst von einem Artikel zweihundert Stück zu drehen hatte und dafür 55 Stunden benötigte. Das war selbst dem als Betriebsrat tätigen J. [?] zu dumm und gab ihm Anlass an einen anderen Dreher die Frage zu richten, wie lange er denn Zeit zur Ausführung der von St. geleisteten Arbeit benötige. »Fünf Stunden!« war die Antwort, die der gefragte Dreher erteilte.³⁹

Auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der KPD und ihren Parolen verzichtete das sozialdemokratische Blatt völlig. Im Fokus der Kritik stand einzig und allein die kommunistische Praxis, am Arbeitsplatz zu agitieren. Dort aber sollte, so die Auffassung der SPD, vor allem gearbeitet werden. Dieser Fall zeigt allerdings auch, dass selbst die SPD, aller Rhetorik gegen eine Politisierung solcher Orte zum Trotz, zu eben dieser Politisierung beitrug. Die kommunistische SAZ sah in dem Vorgang den Versuch, Kommunisten aus dem Betrieb zu

38 SStAL, Erinnerungsberichte, V/5 353, Bl. 63. Dabei ist zu bedenken, dass die Straßenbahnen ein Betrieb mit besonders hoher kommunistischer Präsenz waren, bei dem es immer wieder zu von der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaft Opposition (RGO) ausgelösten Streiks kam, die mit Massenentlassungen endeten. Siehe StAL, Kapitel Akten 70, Nr. 214, Bd. 6–9. Die KPO hatte sich 1928 aus Protest gegen den scharf antisozialdemokratischen Kurs der KPD abgespalten. Zur KPO siehe Theodor Bergmann, Gegen den Strom: die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition. Hamburg 1987.

39 LVZ, 1. 8. 1932.

drängen; es handelte sich in ihren Augen um »ein Stück Betriebsfaschismus.«⁴⁰ Solche Vorfälle bestätigten gewissermaßen die Sozialfaschismusthese der Komintern im Alltag und trugen dazu bei, dass sich parteioffizielle Konflikte im Milieu reproduzierten.⁴¹ Sich gegen kommunistische Politisierungsversuche zu stellen, hatte selbst (partei-)politische Implikationen.

Konnte sich die KPD noch gegenüber sozialdemokratischen Versuchen, der kommunistischen Politisierungsstrategie Grenzen zu setzen, als Partei des kompromisslosen Klassenkampfes profilieren, so fand diese Strategie ihre endgültige Grenze am Widerstand der eigenen Basis, wie sich am Beispiel des proletarischen Vereinswesens zeigt. Innerhalb der Fußballersparte etwa widersetzte sich Willy Meißner, KPD-Mitglied und Präsident des ersten Bezirks der Sächsischen Spielvereinigung, den Wünschen seiner Partei, interne Materialien an die KPD weiter zu geben, die damit die SPD bloßstellen und unzufriedene Fußballer gezielt ansprechen wollte. Ihm war die Loyalität gegenüber seinem Verein, den er frei von parteipolitischem Zwist halten wollte, wichtiger als die Loyalität zu seiner Partei.⁴² Auch über andere Sportfunktionäre klagte ein KPD-Bericht, diese seien »10 mal Vereinsmenschen und nur außerhalb des Vereins Kommunisten.«⁴³ Ähnlich verhielt es sich mit kommunistischen Arbeitersamaritern, bei denen es hieß: »Erst sind wir Samariter und dann kommt die Partei.«⁴⁴

Selbst kommunistische Vereinsmitglieder sehnten sich offenbar nach Räumen, in denen keine Politik stattfand. In solchen Situationen trugen einfache Parteimitglieder die Gegensätze der Parteiführungen nicht mit. Dies allerdings nicht – und das ist entscheidend – um gemeinsam politisch zu handeln, sondern um unpolitische Geselligkeit zu bewahren. Es ist bezeichnend, dass sich keine Beispiele gezielten gemeinsamen Vorgehens gegen Nationalsozialisten finden lassen, sieht man von wenig glaubwürdigen Berichten in der kommunistischen Presse ab. Nur selten kamen sich von Nationalsozialisten bedrängte Sozialdemokraten und Kommunisten gegenseitig zu Hilfe.

Es ist kein Zufall, dass fast alle bislang aufgetretenen Akteure Männer waren. Beide Parteien, SPD und noch mehr die KPD, waren männlich geprägt, auch wenn Frauen in der

40 SAZ, 3. 8. 1932.

41 Akten der Straßenbahndirektion widersprechen dezidiert der Version der LVZ. So sei es nicht richtig, dass das langsame Arbeitstempo dem Betriebsrat aufgefallen wäre, sondern dies sei bei einer von der Werkstatteleitung veranlassten Kontrolle zutage gekommen. Zwar treffe den Dreher, der Kriegsbeschädigter war, eine Teilschuld (er wurde abgemahnt), ebenso sei aber die Sprödigkeit des Materials und die erhebliche veraltete Maschine schuld. Siehe StAL, Kapitel Akten 70 Nr. 214 Bd. 6.

42 Siehe grundsätzlich Cornelius Gellert, Kampf um die Bundeseinheit. Zusammengestellt unter Verwendung der Niederschrift über die Verhandlungen der Vorstände-Konferenz der Sächsischen Spielvereinigung vom 28. September 1929, Leipzig 1929. Ich habe die Vorgänge im Fußballbund Leipzig andernorts detailliert dargestellt, siehe Joachim C. Häberlen, *Indépendance du sport ou lieu de politisation: la relation problématique entre le mouvement sportif ouvrier et les partis ouvriers à la fin de la République de Weimar*, in: Jay Rowell/Anne-Marie Saint-Gille (Hg.), *La société civile organisée aux XIXe et XXe siècles: perspectives allemandes et françaises*, Lyon 2010, S. 275–285.

43 BArch, RY 1/I 3/8–10/156, Bl. 3.

44 Ebd., Bl. 23.

Straßenpolitik, wie ich andernorts gezeigt habe, durchaus präsent und aktiv waren.⁴⁵ Allerdings ging mit der Parteipolitisierung zahlreicher Formen kollektiven Handelns eine Maskulinisierung einher. Lebensmittelplünderungen, an denen sich noch in den Unruhen nach dem ersten Weltkrieg vor allem Frauen beteiligt hatten,⁴⁶ wurden nun von »jungen Burschen« durchgeführt. Handzettel, auf denen für sie geworben wurde, trugen zwar nicht die Unterschrift der Kommunistischen Partei, wohl aber deren Handschrift. So hieß es auf einem Zettel: »Wer nichts zu essen hat, hole es sich!« Und zur Begründung: »Weil wir Jungarbeiter nicht ewig ohne Arbeit und Brot, das uns der Kapitalismus niemals mehr geben kann, auf der Straße liegen bleiben können und wollen.«⁴⁷ Nur einmal gelang es der Polizei, drei der Täter zu verhaften, die allesamt der KPD angehörten.⁴⁸ Die Ausdehnung des politischen Feldes, die etwa Erwerbslosen politische *agency* jenseits von Wahlentscheidungen ermöglichen sollte, hatte somit auch ausschließende Folgen, ging mit der Politisierung von Formen kollektiven Protests doch deren Maskulinisierung einher, was de facto dazu führte, dass sich weniger Handlungsmöglichkeiten für Frauen ergaben. Sie nahmen im *politischen* Feld aller Rhetorik zum Trotz keinen bedeutenden Platz ein und sollten auch keinen einnehmen. Es verwundert daher nicht, dass ein Bereich kaum eine Politisierung seitens der KPD erfuhr: Geschlechter- und Familienbeziehungen. Dass diese der privaten Sphäre und nicht derjenigen des Klassenkampfes angehörten, wurde in der KPD (wie auch in der SPD) selten ernsthaft infrage gestellt.⁴⁹

Schlussbetrachtungen

Wirft man aus parteioffizieller kommunistischer Sicht einen Blick auf Leipzig, so lässt sich Politik beinahe überall lokalisieren: vor allem auf den Straßen, aber auch in den Betrieben und in den hier nicht thematisierten Schulen, auf Arbeitsnachweisen und in Fürsorgeämtern, im Freibad ebenso wie in den Vereinsheimen proletarischer Vereine sowie auf deren

45 Siehe meinen Aufsatz »Weiter haben sich besonders zwei Frauenpersonen hervorgetan.« Zur Rolle von Frauen in der Straßenpolitik am Ende der Weimarer, in: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaften 23 (2012), S. 91–105.

46 Zur Beteiligung von Frauen an Hungerunruhen im ersten Weltkrieg und in der Revolution von 1918/19 vgl. Hans-Jürgen Ahrendt/Peter Kuhl, Die proletarische Frauenbewegung in der Novemberrevolution 1918/19, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30 (1988), S. 761–773, hier S. 762, 768 f.; Belinda Davis, Home Fires Burning: Politics, Identity and Food in World War I Berlin, Chapel Hill 1992, S. 3 f., 219–236; Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 84), Göttingen 1989, S. 245–249.

47 LVZ, 24. 12. 1932. Zu weiteren Plünderungen um Weihnachten, siehe SStAL, PP St 81, Bl. 146. Wenigstens ein Fall von Lebensmittelplünderungen trug sich im Kontext einer kommunistischen Erwerbslosendemonstration zu.

48 Siehe SStAL, PP St 8, Bl. 215, LVZ, 24. 8. 1932, SAZ, 25. 8. 1932.

49 Zu »privater« Gewalt, die kaum je von Kommunisten oder Sozialdemokratisiert thematisiert wurde, siehe Eva Brücker, »Und ich bin heil da 'rausgekommen.« Gewalt und Sexualität in einer Berliner Arbeiternachbarschaft zwischen 1916/17 und 1958, in: Lindnerberger/Lüdtke, Gewalt, 337–365. Auch theoretische Überlegungen führender Sozialdemokraten oder Kommunisten, etwa August Bebel's »Die Frau und der Sozialismus« oder die Werke der russischen Kommunistin Alexandra Kollontai spielten, soweit sich sehen ließ, an der Basis kaum eine Rolle.

Sportplätzen – überall dort fand »Klassenkampf« statt. Kommunistische Führungskader versuchten den Raum des Politischen, sowohl im wörtlichen wie auch metaphorischen Sinne, radikal zu erweitern, stießen dabei aber auf den Widerstand sowohl mancher eigener Parteimitglieder als auch der Sozialdemokraten. Diese bemühten sich, den Raum des Politischen einzuschränken. Politik sollte auf Gremien von Parteien, Parlamente und höchstens den Gang zur Wahlurne beschränkt bleiben, wobei sie nicht einmal die Diskussionen in der Stadtverordnetenversammlung als Politik werten wollten. Sie empfanden die dauernden kommunistischen Agitationsversuche als Belästigung. Beides, sowohl Ausweitung wie auch Einschränkung des politischen Raumes, sind dabei selbst als politische Handlungen und Strategien zu verstehen.

90 In dreierlei Hinsicht können die hier vorgestellten Konflikte zu einer Beantwortung der Frage nach dem Ausbleiben der »Roten Glut« beitragen, wie ich thesenhaft argumentiere: Erstens kam zu den genuin politischen Differenzen zwischen beiden Parteien noch ein völlig unterschiedliches Verständnis davon, wie und wo Politik betrieben werden sollte. Eine Verständigung zwischen beiden Parteien hätte mithin nicht nur eine ohnehin schwierige politische Einigung erfordert, sondern auch eine gemeinsame Vorstellung von politischer Praxis. Zweitens (re)produzierten Vorfälle wie jener bei den Straßenbahnen, aber auch die Gewalt zwischen beiden Gruppen, parteipolitische Konflikte im lokalen Milieu. Die Spaltung des Milieus entlang parteipolitischer Gräben vollzog sich – anders als Klaus-Michael Mallmann meint – so auch an der Basis. Während der Mord an Warkus die sozialdemokratische Propaganda von »brutalisierten« Kommunisten quasi bestätigte, konnten Kommunisten die »Sozialfaschismusthese« bestätigt sehen, wenn einer der ihnen bei den Straßenbahnen in der LVZ denunziert wurde. Drittens aber führte die Omnipräsenz von kommunistischer Politik dazu, dass sich Arbeiter – selbst solche in der KPD – frustriert von der Politik abwandten. Sie sehnten sich nach Ruhe im Schwimmbad oder einem unpolitischen Fußballspiel.

Überwanden Kommunisten und Sozialdemokraten ihre Differenzen, dann eben nicht um gemeinsam politisch zu handeln, sondern um Fußball zu spielen oder als Arbeitersamariter tätig zu sein. Es lässt sich zumindest spekulieren, ob das nationalsozialistische Regime nicht davon profitierte, dass man im Sommer 1933 wieder ungestört von kommunistischer Badeagitation schwimmen konnte – wenigstens solange man nicht vom Regime verfolgt wurde. Die Entwicklung im Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB) ist hierfür bezeichnend. Auch nach der Machtübernahme der NSDAP versuchte dieser, »unpolitisch« weiter zu arbeiten, wobei er größten Wert darauf legte, Kommunisten aus dem Verband fernzuhalten.⁵⁰ Nach der Auflösung des ATSB organisierten die ehemaligen Vereinsmitglieder zwar weiterhin Spiele, wozu sie einfach die Zäune der Sportanlagen überstiegen – mit politischem Widerstand hatte dies aber nichts zu tun.⁵¹ Es war eine Fortführung apolitischer Geselligkeit.

Diese, einer radikalen Ausweitung des Politischen skeptisch gegenüberstehenden Ausführungen, werfen Fragen auf – so möchte ich abschließend vorschlagen –, die über die Weimarer Republik hinausgehen und Probleme der politischen Mobilisierung grundsätzlich berüh-

50 Siehe beispielsweise Sportmuseum Leipzig, Archivstück Nr. 157, Nr. 2038 (Rundschreiben Gellers vom März 1933, in dem er vor dem Eintritt von Kommunisten in die Vereine warnt: »Haltet auf Reinheit der Bewegung!« Alles Politische, wie z. B. das Singen kommunistischer Lieder, sollte tunlichst unterbleiben.

51 SStAL, PP St 26, Bl. 33, (13. 5. 1933). Soweit sich sehen ließ, verwendeten die staatlichen Behörden auch keine große Energie darauf, die Sportler zu verfolgen.

ren. Auch in den 1960er und 1970er Jahren kam es, wie Geoff Eley 1994 bemerkte, im Kontext von Studentenrevolte und neuer Frauenbewegung zu einer »radikale[n] Erweiterung des Politischen. ... Eine Reihe von Umfeldern, die als ›unpolitisch‹ galten – der Arbeitsplatz, die Straße, die abweichende oder kriminelle Subkultur, Erholung und Spiel, und besonders die Familie und die Wohnung – wurden erstmals als politisch erkannt.« Eine Konsequenz dieser Erweiterung des Politischen war, dass sich auch andere »Möglichkeiten der politischen Aktion« ergaben.⁵²

Den Bereich des Politischen zu erweitern hatte (und hat) also, so ließe sich argumentieren, einen demokratischen und partizipatorischen Impetus: Indem nicht mehr allein Parlamente und Parteizentralen als politische »Umfelder« begriffen wurden, sondern auch »Familie und Wohnung«, boten sich etwa Frauen neue politische Partizipationsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund der hier vorgestellten Konflikte wäre verstärkt danach zu fragen, ob diese andere radikale Erweiterung des Politischen zu ähnlichen Konflikten und Reaktionen führte, zu Sehnsüchten nach Räumen, die frei von Politik blieben. Diese Fragen verdienen nicht zuletzt deshalb mehr Aufmerksamkeit, weil, wie das hier diskutierte Beispiel gezeigt hat, eine politische »Überlastung« des Alltags zu einem Rückzug von Politik führen kann – womit der demokratische, inkludierende Impetus einer Ausweitung des Politischen gerade unterlaufen wird.